

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ende November verkündete Senator Rabe, dass Hamburg künftig plant, nur noch Lehrkräfte für Grundschulen und Gymnasien auszubilden.

Wofür brauche ich eine Expertenmeinung, wenn ich eine Ideologie habe? So könnte man das Geschehen um die Neuordnung der Lehrerausbildung in Hamburg überschreiben. Was ist passiert?

In Hamburg gibt es seit etlichen Jahren keine Haupt- und Realschulen mehr. Lehrer und Lehrerinnen für diese Schulform auszubilden, hat also zukünftig keinen Sinn, die Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sollte abgeschafft werden. Das ist in anderen Bundesländern, die auch diese Schulformen nicht mehr haben, bereits geschehen. So weit, so gut.

Die Schulbehörde hat also eine Expertenkommission eingesetzt, die – natürlich nicht kostenlos – eine Stellungnahme zur Neuordnung der Ausbildung erarbeitet hat. Als Ergebnis kam heraus, dass es in Hamburg zukünftig drei Lehrämter geben sollte: Die Ausbildungen für die Lehrämter an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien sollten wegen der jeweils besonderen Aufgaben der Schulformen selbständig werden. Diese Aufgaben wurden in der Expertise umrissen.

### **Die Expertenkommission empfiehlt: Drei Lehrämter!**

Da auch die **Lehrergewerkschaften Hamburg dlh** der Meinung sind, dass sich die Ausbildung von Lehrkräften an den zukünftigen Aufgaben in der Schule orientieren soll, haben wir dieser Expertise unter Annahmen einiger, allerdings nicht struktureller Korrekturen in ihren Grundzügen zugestimmt. Wir berichteten darüber in der letzten Ausgabe dieser Zeitung.

Schon bei der Anhörung zum Ergebnis der Expertenkommission stellte sich heraus, dass neben zwei Oppositionsparteien die **dlh** die einzige Organisation war, die die Expertenmeinung unterstützte.

Die Regierungsparteien und die Linke sowie die GEW favorisieren schon seit Jahren die „Eine Schule für alle“ und längeres gemeinsames Lernen. Was lag also näher, als die Expertenmeinung zu ignorieren und ein einheitliches Lehramt für alle Schulformen zu fordern? Wenigstens teilweise hat der Senator das nun umgesetzt.

Die Grundschulen – vor allem die eigenständigen – bilden schon seit jeher eine relativ selbständige Einheit. Wechsel von Kolleginnen und Kollegen an weiterführende Schulen und umgekehrt sind eher selten. Eine Aufwertung der Arbeit an Grundschulen tut seit langem Not; ein eigenständiger Studiengang **k ö n n t e** das bewirken, wenn man es denn will. Die Herangehensweise des Senats lässt aber eher vermuten, dass hier ein Lehramt „2. Klasse“ festgeschrieben wird.

### **Eine Insellösung für Hamburg ist schädlich!**

Ein eigenständiges Lehramt für Stadtteilschulen wird es nach den Verlautbarungen des Senators in Hamburg entgegen der Expertenempfehlung nicht geben. Hamburg will zukünftig auch an Stadtteilschulen nur noch Gymnasiallehrkräfte einsetzen. Beim Blick über die Landesgrenzen stockt einem allerdings der Atem: Lehrkräfte, die nur noch Grundschule oder Gymnasium „Typ Hamburg“ können, sind bundesweit nicht kompatibel. Hamburg würde wieder einmal nach einer **Insellösung** streben. Ein Bundeslandwechsel würde für Kolleginnen und Kollegen fast unmöglich. Und es bleibt noch die Frage unbeantwortet, nämlich ob der Senator bedacht hat, dass Gymnasiallehrkräfte als Eingangssamt A13 haben und deshalb künftig wieder alle Lehrkräfte in Hamburg (außer den Grundschullehrkräften?) so besoldet werden müssten. A13 an Gemeinschaftsschulen im Bundesgebiet steht aber im Moment nicht zur Diskussion. Oder ist im Hintergrund für Hamburg auch schon eine Besoldungsabsenkung für Gymnasiallehrkräfte angedacht, um die Forderung „gleiches Gehalt für gleiche Arbeit“ zu erfüllen? Das allerdings würde den ohnehin schon angespannten Lehrerarbeitsmarkt in Hamburg binnen kürzester Frist völlig austrocknen, zumal wir seit vielen Jahren weniger Lehrer und Lehrerinnen ausbilden als wir brauchen!

Werfen wir nun einen Blick auf die Konsequenzen für das Hamburger Schulwesen: Auch der macht die Ankündigung des Senators nicht verheißungsvoller!

Vor dem Hintergrund, dass die **dlh** Vielfalt statt Einfalt – pardon, Einheitlichkeit – im Schulwesen wollen, fordern wir schon länger, dass die Stadtteilschulen ihr Profil schärfen sollten und ihre Aufgabe im Bildungswesen endlich klar definieren, um nicht immer weiter ins Hintertreffen zu geraten; sie sind keine Gymnasien und es ergibt deshalb auch keinen Sinn, sie ständig in Konkurrenz zu diesen zu stellen. An Stadtteilschulen muss endlich eine äußere Differenzierung die Abschluss- und Anschlussorientierung für den beruflichen Bereich und die BOSO-Anstrengungen der Behörde unterstützen. Dies muss den

Schwerpunkt der Arbeit an den Stadtteilschulen bilden, da die Gymnasien genau dies nicht leisten sollen. Inklusive Angebote und die Möglichkeit, Abitur zu machen, ergänzen das Profil. Das braucht aber einen besonders für diese Zielsetzungen ausgebildeten Lehrertyp.

Die Aufgabe der Gymnasien ist schon immer klar definiert: Sie sollen Studierfähigkeit herstellen. Auch das erfordert besonderes Arbeiten und damit einen eigenen Lehrertypus.

Durch einen solchen Ansatz würde dem Elternwillen am besten Rechnung getragen: Die Aufgaben der Schulformen würden unterscheidbar. Das würde Attraktivität der Stadtteilschülern steigern.... jedenfalls mehr als durch eine billige, viel zu kurz greifende und deshalb fast peinliche Werbekampagne für die Stadtteilschulen, die die durch die „Eine Schule für alle“-Ideologie verursachten Defizite nicht beseitigt.

<b>Stadtteilschulen im Profil stärken statt sie durch eine Kampagne zu bewerben!</b>
--

Gestatten Sie mir einen Blick in die Kristallkugel: Wenn an den Stadtteilschulen keine für die Klientel und Aufgabe der Stadtteilschulen ausgebildeten Lehrkräfte mehr unterrichten, sondern nur noch Gymnasiallehrkräfte – wie nun verkündet –, wird die Absetzbewegung von den Stadtteilschulen noch zunehmen. Es wird den teilweise schon seit der Gründung von Stadtteilschulen vorhandenen (Geburts-) Fehlern ein weiterer hinzugefügt.

Ohne dass die Gymnasien in ihrer jetzigen Konstitution dadurch strukturell und von der Aufgabendefinition her in der Lage wären, diesen Ansturm von Schülern und ihren Eltern zu meistern, hätten wir am Ende dieser Bewegung „alle an eine Schule“ die Situation, dass die Gymnasien Zweige für Abiturienten und andere für Nicht-Abiturienten einrichten müssten. Schon jetzt wird aus Stadtteilschulkreisen gefordert, dass Schüler, die einmal am Gymnasium angemeldet wurden, dort bis zu einem Abschluss weiter beschult werden und dass Gymnasien sich an „der Last“ der Inklusion beteiligen müssten. Dies müsste wohl mit der deutlich geringeren Personalausstattung der Gymnasien bewerkstelligt werden – natürlich zu Lasten der Schüler und Schülerinnen. Wenn die Stadtteilschulen dann zur Restschule geworden sind, können sie Stück für Stück geschlossen werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass uns etwas als der „große Wurf“ angepriesen wird, das am Ende ein Sparmodell ist. Wenn sich gegen die Bevölkerung, die durch ihr Wahlverhalten für weiterführende Schulformen das Gymnasium von Jahr zu Jahr wachsen lässt, das ungeliebte Gymnasium nicht abschaffen lässt, untergräbt man das Zwei-Säulen-Modell in Hamburg eben auf andere Art und Weise...

Wir fordern deshalb den Senator auf, seine Entscheidung zu überdenken.

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für das neue Jahr

Helge Pepperling (Vorsitzender dlh)